

Für eine Neukonzeption der Notunterbringung von Frauen in Wohnungsnotfällen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Broistedt,
Sehr geehrte Frau Sozialdezernentin Krause,
sehr geehrte Vertreter*innen der Stadtverwaltung, des Landkreises Göttingen und der Kommunalpolitik,

bezugnehmend auf den Fachtag "Frauen.Wohnungslos.Unsichtbar." vom 12. Oktober 2022 mit dem Fachvortrag von Frau Yvonne Brivio, stellv. geschäftsführende Vorständin des Vereins Selbsthilfe für Wohnungslose e.V. Hannover sowie der Präsentation der vorläufigen Studienergebnisse zum Göttinger Wohnungslosenhilfesystem von Prof. Timo Weishaupt, Göttingen, appellieren die Teilnehmer*innen des Fachtages an die Stadt- und Landkreisverwaltungen und die Politik der Stadt bzw. des Landkreises Göttingen, die ordnungsrechtliche Unterbringung von Frauen und Mädchen zu überdenken und neukonzipierte Möglichkeiten zur Unterbringung zur Verfügung zu stellen, die 24h belegbar sind, die die Privatsphäre schützen und sozialpädagogische bzw. psychologische Betreuung sicherstellen.

Die in Göttingen vorhandenen, ordnungsrechtlichen Unterbringungsmöglichkeiten für Frauen bieten aus Sicht der Beteiligten des Fachtages keinen angemessenen Schutzraum. Die sogenannte „Frauen-WG“ im Maschmühlenweg 139d ist für viele Frauen keine Option, da es ihnen aufgrund von traumatisierenden Gewalterfahrungen unmöglich ist, in Einrichtungen zu verweilen, in denen auch Männer untergebracht sind. Aufgrund fehlender Privatsphäre durch eine Unterbringung in einem Mehrbettzimmer, eingeschränkten Zugangszeiten, subjektiv empfunden hohen Hürden und einem rein männlichen Security-Dienst sind auch die Notunterkünfte im Neuen Weg oder dem Rosenwinkel oftmals kein gangbarer Weg – wenn dort überhaupt ein Zimmer frei ist. Viele Einrichtungen wie bspw. das Frauenhaus, Fachkliniken oder die Träger und Vereine der Wohnungslosenhilfe beklagen daher seit langem, dass wohnungslosen Frauen in Not keine adäquaten Unterbringungsmöglichkeiten angeboten werden können, während eine (rasch benötigte) Versorgung mit eigenem Wohnraum im Stadtgebiet nahezu unmöglich ist. Und der Bedarf wird zweifelsohne steigen: Der Winter steht vor der Tür; hinzu kommen die hohen Energiekosten, die zu weiteren Wohnungsnotfällen führen werden, gerade bei Frauen und Alleinerziehenden.

Für eine Neukonzeption der Unterbringung von Frauen im Wohnungsnotfall bietet der zum 01.01.2022 in Kraft getretene **Rahmenvertrag zwischen dem Land Niedersachsen, den Kommunen, den Wohlfahrtsverbänden sowie freien Trägern** eine solide Grundlage. Dieser sieht vor, den Weg zu einem inklusiveren Hilfesystem zu ebnen, um Frauen und anderen vulnerablen Gruppen einen besseren Zugang zu Hilfsangeboten zu eröffnen und teilstationäre Angebote zu ermöglichen. Die Vereinbarung beinhaltet auch Möglichkeiten zur Erprobung neuartiger Konzepte, um innovative Ansätze zu fördern. Aber nicht nur der gesetzliche Rahmen gebietet ein rasches Handeln. Auch die noch mangelhafte Umsetzung der rechtlich verbindlichen **Istanbul Konvention** erfordert ein Umdenken, welches durch die Forderungen der **Zentrale Beratungsstelle Niedersachsen (ZBS)** nach speziellen Angeboten für Frauen nochmals unterstrichen wird.

So haben sich eine Vielzahl von Teilnehmenden des Fachtages solidarisch mit der Initiative Soziales Zentrum gezeigt, die ein sinnvolles Konzept umsetzen möchte, in welches die besonderen Bedarfe von Frauen im Wohnungsnotfall mit einfließen können. Gleichermäßen fordern Teilnehmende eine Lösung für die Heilsarmee, die aufgrund des maroden Gebäudes der Stadt, ihre Unterstützungsmöglichkeiten als kompetenter Bestandteil des Hilfenetzes insbesondere für Frauen nicht anbieten kann.

Die Teilnehmer*innen des Fachtages appellieren daher eindringlich an Verwaltung und Politik,

- die akute Not von Frauen (und deren Kindern) im Wohnungsnotfall zu thematisieren und angesichts der einsetzenden Kälte zu priorisieren,
- umgehend frauenspezifische Notschlafplätze einzurichten, und ggf. mit Hotels / Pensionen im Innenstadtbereich und den Mittelzentren im Landkreis eine Kooperation zu schließen,
- die bestehenden Notunterkünfte 24h zu öffnen, die Belegungsdichte auf max. 2 Personen pro Raum zu reduzieren und das dortige Sicherheitspersonal hinsichtlich einer sozialpädagogischen Grundhaltung zu schulen sowie die Einstellung von weiblichem Personal zu veranlassen,
- mit allen Akteur*innen in Bereich der Wohnungslosenhilfe, Beratungsstellen, Diensten der Gesundheitsversorgung usw. das Gespräch zu suchen und im Rahmen eines „Runden Tisches“ eine Arbeitsgrundlage zu schaffen, um an Lösungen gemeinsam zu arbeiten,
- und eine offizielle Bedarfserhebung zu veranlassen und die Ergebnisse zu veröffentlichen,
- das Hilfesystem zu erweitern und bspw. über eine Notfallversorgung hinaus für betroffene Frauen und ihre Kinder modellhaft innovative teilstationäre Angebote zu entwickeln,
- städtische Gebäude und Grundstücke nicht an Investoren zu verkaufen, sondern entsprechende Objekte und Flächen im städtischen Raum für soziale und gemeinschaftsfördernde Konzepte zur Verfügung zu stellen und diese zu fördern.

Gezeichnet: Die Teilnehmer*innen des Fachtages „Frauen. Wohnungslos. Unsichtbar.“ vom 12.10.2022, organisiert von der AG Frauen im Sozialpsychiatrischen Verbund für Stadt und Landkreis Göttingen

Weitere Informationen aus der Praxis:

<https://www.diakonie-michaelshoven.de/angebote/menschen-in-krisen/frauen-in-krisensituationen/frauenberatung>

<https://www.sewo-online.de/hilfen-fuer-frauen/beratungsstelle>

<https://www.diakonie-duesseldorf.de/gesundheit-soziales/wohnungslose-arme/frauen/icklack>

<https://www.caritas-nuernberg.de/einrichtungen/haus-fuer-frauen-in-not>

<https://skf-berlin.de>

https://www.ms.niedersachsen.de/startseite/service_kontakt/presseinformationen/unterstuetzung-von-wohnungslosen-und-menschen-in-besonderen-sozialen-schwierigkeiten-210842.html